

Massenentlassungen bei Berliner High-Tech-Unternehmen

Krach bei Siemens und Infineon

328 000 Arbeitslose im Februar – das ist absoluter Rekord für Berlin, und Linderung am Arbeitsmarkt ist nicht in Sicht. Jetzt verschärfen auch die High-Tech-Riesen mit Massenentlassungen die Lage. Siemens Com kündigte das Aus für 200 Arbeitsplätze an, Infineon Berlin mit 280 Beschäftigten soll geschlossen werden.

Es war sehr eng auf der Protestkundgebung in Spandau, zu der Vertrauensleute und IG Metall aufgerufen hatten. Trotz Minusgraden waren am 1. Februar 450 Beschäftigte von Siemens und Infineon zum Werktor am Wernerwerk gekommen. Spontan machten einige den Siemensdamm dicht. Minutenlang ging nichts mehr auf der sechsspürigen Hauptverkehrsstraße. Fassunglosigkeit, quälende Ungewissheit und Existenzangst vieler waren umgeschlagen in offene Empörung.

»Wir misstrauen den Zahlen von Herrn Schumacher, die dazu führen, dass bei uns jeder dritte Arbeitsplatz vernichtet wird«, sagte der Berliner Siemens-Betriebsratsvorsitzende Klaus



Foto: transit Berlin

Hoppe, »Massenentlassungen als Mittel einer Restrukturierung machen jeden Standort fertig«, warnte er. »Was wir brauchen, ist Innovation.«

Bei einer Arbeitslosenquote von 19,4 Prozent werde mit jedem Arbeitsplatz in Berlin heute die Existenzgrundlage einer

Familie vernichtet, sagte Hoppe. Er rief dazu auf, nicht vorschnell Abfindungsvereinbarungen zu akzeptieren. »Der Kampf ist noch nicht entschieden.«

Thomas Wede aus dem Siemens-Optikwerk hält es für ziemlich aussichtslos, sich in anderen deutschen Standorten von Siemens zu bewerben. »Was nützt es, flexibel zu sein? Offenbar bleibt uns bloß noch, ins Ausland zu gehen.«

Infineon: Verraten und verkauft

Das Schicksal der großen Mehrheit von 280 Infineon-Beschäftigten scheint besiegelt. Der Chip-Konzern gibt seinen Glasfaser-Entwicklungsstandort in Berlin auf. Weil sich die Sparte nicht wie erwartet entwickelt hat, wurde Infineon verraten und verkauft. »Neue Technologien, die einen langen Atem brauchen, werden weggeworfen. Hinter dem Rücken von Betriebsrat und

Verbitterung vor dem Wernerwerk: Der Siemens-Kommunikationsbereich wird ausgedünnt, Infineon geschlossen

Belegschaft wurde Know-how an ausländische Konkurrenten verschachert«, kritisierte Wigand Cramer von der IG Metall-Betriebsleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen. Alternativen, die hoch qualifizierte Belegschaft zu halten, wurden nicht erwogen.

Dem Management von Siemens und Infineon fehlt Innovationsgeist, und das ist der schlimmste Standortnachteil überhaupt, urteilt Cramer. Die IG Metall fordert: Keine betriebsbedingten Kündigungen und statt dessen langfristige Investitionsprogramme. Den erforderlichen Druck dafür wollen die Belegschaften erzeugen. Ihr Motto: »Noch mehr Bewegung«.

Ein erster Schritt für viele führt in die IG Metall: Im Februar verdoppelte sich die Zahl der Mitglieder bei Infineon Berlin. ◀

Wigand Cramer von der IG Metall: Beschäftigte büßen, weil Manager versagt haben



Foto: Xtransit Berlin

IG Metall-Projekt EU-Osterweiterung

Europa ist keine Spielwiese für Sozial-Dumping

Ein vereintes Europa ist für viele »Normalverbraucher« weit weg. Die Teilnehmer einer Konferenz polnischer und deutscher Metall-Gewerkschafter im Februar in Berlin meinten: kein Wunder.

Denn ein knappes Jahr nach der Erweiterung der EU um zehn neue Mitgliedsstaaten ist dies die Bilanz: Banken und Unternehmen profitieren von der neuen Freizügigkeit durch Dumping im großen Stil – ein Stil, der Menschen in den »alten« Mitgliedsstaaten um hart erkämpfte Standards fürchten lässt – bei den tariflichen Arbeitsbedingungen ebenso wie in sozialen Fragen.

Was Gewerkschaften wollen

»Wir wollen ein Europa des fairen Wettbewerbs«, sagte der IG Metall-Bezirksleiter Olivier Höbel. »Wir wollen kein Europa, das eine Spielwiese für Marktradikale ist und in dem Sozialstandards als Wettbewerbsnach-



teile diffamiert werden.« Die IG Metall habe großes Interesse, dass sich alle Regionen in Europa gut entwickeln und dass das Lohnniveau in den Nachbarländern spürbar steigt. Dies verhindere Lohndumping. Die Qualifikation der Beschäftigten müsse angeglichen werden. Das ermögliche wirkliche Freizügigkeit.

In einem Zwei-Jahres-Projekt hat die IG Metall in einem intensiven Dialog Arbeitnehmervertreter und Gewerkschafter der polnischen Metallindustrie bei der Einführung von EU-Bestimmungen in den Betrieben begleitet. Dabei zeigen sich viele Paral-

len zu den Anfängen der Ost-West-Angleichung 1990.

Standortkonkurrenz ist das Thema Nr. 1.

Wolfgang Beyer, Betriebsratsvorsitzender von Alstom Power Service, Berlin, will mehr dagegen tun, dass Belegschaften gegeneinander ausgespielt werden. »Dazu müssten wir feste, regelmäßige Kontakte zu polnischen Kollegen aufbauen, die wir leider noch nicht haben. Es ist noch sehr schwer, Ansprechpartner zu finden, denn die betrieblichen Strukturen in Polen sind für uns sehr unübersichtlich. Schön wäre, wenn es **einen** Ansprechpartner pro Betrieb gäbe. Dann könnten wir sofort Kontakt aufnehmen, um **gemeinsam** etwas für die Belegschaften zu erreichen.«

Halina Marszalek, Betriebsrätin beim Landmaschinenhersteller AGROMET, Brzeg, berichtet: »Die Kontakte mit den deut-

schen Kollegen sind uns sehr wichtig. Das hilft beim Aufbau betrieblicher Strukturen. Besonders interessieren uns Themen wie Löhne, Mitbestimmung und Arbeitsschutz.

Den deutschen Kollegen müssen wir jedoch sagen: Vieles bei uns ist noch in den Anfängen, und sehr viel ist im Umbruch. In unserem Betrieb arbeiten 250 Leute, und es gibt drei Betriebsgewerkschaften. Wir hatten in den letzten Jahren mehrere Besitzerwechsel. Die Arbeitnehmervertreter sind erst seit kurzem im Gespräch mit dem neuen polnischen Besitzer.« ◀

Nichts verschenken

► **Die Ost-West-Angleichung der vermögenswirksamen Leistungen ist erreicht:** Metallrinnen und Metaller in Berlin, Brandenburg und Sachsen haben seit 1. Januar 2005 Tarifanspruch auf 319 Euro vermögenswirksame Leistungen pro Jahr. Die Arbeitgeber haben den Tarifvertrag bisher nicht verlängert. Aber wer vor Ablauf des Tarifvertrags am 31. Januar Mitglied der IG Metall war, hat weiter Anspruch darauf. Seit der Rentenreform kann das Geld auch in die Altersversorgung fließen, zum Beispiel in die **METALLRente**. Das freiwillige Versorgungswerk von Gesamtmetall und IG Metall bietet Unternehmen und Beschäftigten der Metallbranchen gute Konditionen. 2004 wurden 44 000 Einzelverträge abgeschlossen. Im Vergleich mit anderen Versorgungswerken erhielt **METALLRente** Bestnoten. Mehr Infos gibt's bei **www.metallrente.de**. Telefonhotline für Arbeitgeber und Betriebsräte: 01802-22 29 94 Montag bis Freitag 8 bis 16 Uhr.

Landesversicherungsanstalten Berlin und Brandenburg verschmelzen Nah dran bleiben an den Rentenversicherten

Im März steht eine Fusion an: Die Landesversicherungsanstalten (LVA) für Arbeiter von Berlin und Brandenburg – bislang zwei recht kleine Mitglieder im Kreis der Rentenversicherungsträger der Bundesrepublik – werden künftig mit einer Führung und größerem Gewicht vertreten sein.

Damit schließen die ehrenamtlichen Selbstverwaltungsorgane der LVAen jetzt einen Prozess ab, der im DGB seit Jahren diskutiert und insbesondere von der IG Metall und Verdi vorangetrieben wurde.

»Wir begrüßen diese Fusion zu einer einheitlichen regionalen Landesversicherungsanstalt, denn sie ist zeitgemäß, notwendig und vernünftig«, sagte der

Bezirksleiter der IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen, Olivier Höbel. Der Zusammenschluss vollzieht sich vor dem Hintergrund einer umfassenden

Auch das gibt's: eine Fusion, bei der kein Beschäftigter seinen Arbeitsplatz verliert.

Organisationsreform in der Deutschen Rentenversicherung.

Entgegen dem allgemeinen Trend werden bei dieser Fusion Kosten gespart, weil es nur noch einen Vorstand geben wird, aber keine Arbeitsplätze vernichtet werden. Nachdem Berliner Bedenken zerstreut werden konnten, besteht nun Einigkeit: Der

neue Vorstand der LVA Berlin-Brandenburg wird seinen Sitz in Frankfurt (Oder) haben.

Für die »Kunden« ändert sich nichts. Die versicherten Arbeiterinnen und Arbeiter wenden sich an ihre Geschäftsstellen, Beraterinnen und Berater wie bisher. Die jeweils 1300 Beschäftigten in beiden Häusern behalten ihre Jobs – ein Vorgang, dem auch die Unternehmensverbände von Berlin-Brandenburg als Sozialpartner zustimmten.

»Der Hauptvorteil der Fusion ist, dass die neue LVA im Verband der deutschen Rentenversicherungsträger eigenständig bleibt und die Interessen ihrer Mitglieder mit gewichtiger Stimme vertreten kann«, sagte Olivier Höbel. ◀

Aktionstag für BMTV

Monteure wollen Tarif

Gesamtmetall hat den Bundes-Montagetarifvertrag (BMTV) sowie die Bestimmungen über Auslösungssätze und Fahrkosten gekündigt. Neben monatlichen Einkommensverlusten von 300 bis 500 Euro droht den Monteuren jetzt ein tarifloser Zustand, denn die Arbeitgeber weigern sich, mit der IG Metall über neue Tarifverträge zu verhandeln.

Alarmiert machten die Betroffenen am 14. Februar auf einem bundesweiten Aktionstag mobil (siehe Seite 4). In Berlin protestierten 320 Monteure von Otis, Schindler, ThyssenKrupp, Alstom, Bombardier, Siemens und anderen Metallbetrieben am Sitz des Metallarbeitgeberverbands im Haus der Wirtschaft. Ihre Bot-

schaft: »Arbeitgeber an den Verhandlungstisch!« Sie fürchten, der Montagezuschlag soll mit der Einführung des Entgelttarifvertrags (ERA) »erledigt« werden. »Für Monteure ist der ständige Wechsel des Arbeitsorts fernab ihres Lebensmittelpunkts Alltag. Diese hohe Flexibilität und Belastung müssen in Tarifverträgen Ausdruck finden«, sagte der IG Metall-Bezirksleiter Olivier Höbel.

Der alte BMTV wirkt für IG Metall-Mitglieder nach, sagte Wolfgang Berger von der IG Metall Berlin. Legt aber der Arbeitgeber einen neuen, schlechteren Arbeitsvertrag vor, gilt: Nicht unterschreiben. Sonst ist der Anspruch auf Tarif weg. ◀



Foto: Transit Berlin

Monteure auf dem Aktionstag in Berlin: Arbeitgeber schnellstens wieder an den Verhandlungstisch

Areva Sachsenwerk Dresden

Der Lack ist ab – Belegschaft wehrt sich

Die knapp 200 Beschäftigten der Areva Sachsenwerk in Dresden sind stocksauer. Kurz vor Weihnachten präsentierte ihnen der französische Mutterkonzern die schlechte Nachricht, man plane einen Rückzug aus dem Kerngeschäft an den deutschen Standorten. Die Fertigung von Schaltschränken in Dresden soll zum Teil an nach Ungarn, nach Frankreich und nach Regensburg verlagert werden. Damit wäre die Dresdener Filiale praktisch »leer«, kritisierten IG Metall und Betriebsrat. Die Darstellung des deutschen Managements, der Dresdener Standort werfe nicht genügend Rendite ab und würde »Liquidität verfrühen«, sorgte für Empörung in der Belegschaft. Schließlich hatten dieselben Manager den Dresdenern für ihre Arbeit bislang stets gute Prädikate gegeben. Der Betriebsratsvorsitzende Erhard Erlich verwies auf die Kosten-

vorteile durch die längere tarifliche Arbeitszeit und den hohen Grad an Flexibilität dabei, mit dem die Belegschaft ihre Arbeitsplätze zu sichern hoffte.

»Nun ist der Lack ab«, sagt Klaus Gelfert von der IG Metall Dresden. 120 Areva-Beschäftigte protestierten im Dezember in Frankfurt/Main vor der Deutschlandzentrale des Konzerns gegen den Kahlschlag. Gemeinsam mit anderen Belegschaftsvertretern aus deutschen Standorten forderten sie die langfristige Sicherung von Standorten und Beschäftigung in Deutschland, mehr Investitionen zur Herstellung neuer, innovativer Produkte und den Ausbau von Forschung und Entwicklung.

Das drang bis zur Konzernspitze in Paris vor. Areva traf eine Vereinbarung mit dem Europäischen Betriebsrat, nach der auch die den Plänen zu Grunde gelegten Produktionszahlen für Dresden neu geprüft werden. Die Verlagerungsmaßnahmen wurden gestoppt – bis zum 4. März. ◀

ERA: Entgeltlinie in Berlin vereinbart

In den Verhandlungen über einen Entgelttarifvertrag (ERA) hat die IG Metall am 14. Februar mit dem Metallarbeitgeberverband für Berlin und Brandenburg (VME) die künftige Entgeltlinie vereinbart. Damit steht für diese Tarifgebiete der Kernbereich des ERA.

»Wir haben uns geeinigt, wie hoch die Entgelte in den einzelnen Gruppen und Stufen sein werden«, sagte der Tarifsekretär der IG Metall-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg Sachsen, Stefan Schaumburg. Für Facharbeiter gibt in der künftigen Eck-Entgeltgruppe 5 zum Beispiel in der Hauptstufe 2072 Euro im Monat. Die Entgelttabellen beziehen sich auf die aktuellen Verdienste laut Tariftabellen und werden am 1. März 2005 um zwei Prozent angehoben. Weiterhin einigten sich die Tarifparteien darüber, wie diejenigen, deren aktuelles Entgelt unter der ERA-Tabelle liegt, an

diese Tabelle herangeführt werden. Ebenso wurde vereinbart, wie diejenigen abgesichert werden, die derzeit mehr verdienen als in der ERA-Tabelle ausgewiesen ist.

Um die betriebliche Kostenneutralität bei Einführung des ERA zu sichern, gibt es einen »Werkzeugkasten«. Um Mehrkosten auszugleichen, sollen vorrangig die Mittel aus dem ERA-Anpassungsfonds verwendet werden. Sind die betrieblichen Kosten geringer als nach dem alten Tarifsystem, wird der ERA-Anpassungsfonds an die Beschäftigten ausgezahlt, etwa durch Erhöhung der tariflichen Sonderzahlung (Weihnachtsgeld). Dies muss in einer Betriebsvereinbarung geregelt werden.

Für die Metall- und Elektroindustrie in Sachsen gab es bei Redaktionsschluss am 14. Februar keinen Fortschritt bei den ERA-Verhandlungen.

Unser Bildungsprogramm 2005

Starten statt warten

Unser Bildungsprogramm 2005, dass wir in Kooperation mit Arbeit und Leben anbieten, will nicht nur Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugend- und Auszubildendenvertretungen, sondern auch Mitglieder ansprechen, die aktiv in der IG Metall mitmachen-mitreden-mitgestalten wollen.

Neue Seminare, gerade auch für diese Kolleginnen und Kollegen, sind im Bildungsprogramm zu finden, so zum Beispiel ein Wochenseminar vom 24. bis 29. April in Liebenwalde. Auch hier gilt es, schnell zu starten und sich jetzt anzumelden.

Darüber hinaus besteht ein besonderer Service darin, auf den

inhaltlichen, zeitlichen und organisatorischen Bedarf hin zugeschnittene Bildungsangebote, zum Beispiel für Gremien nach dem Betriebsverfassungsgesetz und/ oder für Vertrauenskörper (-leitungen), zu entwickeln und anzubieten. Bei ausgewählten Seminaren sind die Kinder von Teilnehmern ausdrücklich willkommen. Ein qualifiziertes und abwechslungsreiches Kinderprogramm wird den Kleinen geboten. Das erleichtert Interessierten eine Teilnahme an unseren Seminaren.

Das Betriebsverfassungsgesetz und das Berliner Bildungsurlaubsgesetz bieten gute Voraussetzungen dafür, an Seminaren und Workshops teilzunehmen. Diese gesetzlichen Grundlagen sollten wir mehr nutzen.

Auskünfte zum Bildungsprogramm werden unter Telefon 25 38 71 61 oder über die Mail: aulbln@igmetall.de gern gegeben. Hier kann das Bildungsprogramm »Starten statt warten« auch angefordert oder über das Internet (www.arbeitundleben.de/berlin-koop-igm) eingesehen werden.

Metall- und Elektroindustrie Ab März gibt es 2,7 Prozent mehr

Ab März erhalten die Beschäftigten in der Berliner Metall- und Elektroindustrie, für die die Tarifverträge gelten, 2,7 Prozent mehr Lohn und Gehalt. Diese Erhöhung war im Tarifvertrag 2004 vereinbart worden. Für die IG Metall-Mitglieder wird der monatliche Mitgliedsbeitrag ab März entsprechend um 2,7 Prozent erhöht.

Dies ist wieder ein Beweis mehr, wie wichtig eine starke IG Metall und unsere Tarifverträge gerade in dieser Zeit sind.

Diese Erhöhung der Löhne und Gehälter ist ein guter Grund, jetzt die bisher noch nicht organisierten Kolleginnen und Kollegen für die IG Metall zu werben. Plakate und Flyer stehen in der Verwaltungsstelle zur Verfügung.

Sinitec Service GmbH

Arbeitsplätze erhalten

Bei dem IT-Dienstleister Sinitec sollen 643 von 1126 Arbeitsplätzen abgebaut und 14 Standorte geschlossen werden.

Bei der Sinitec Ost sollen die Standorte Erfurt, Dresden und Magdeburg geschlossen und 120 von 199 Arbeitsplätzen gestrichen werden. Am Standort Berlin ist der Abbau von 42 Arbeitsplätzen geplant.

Das Siemens-Unternehmen steckt in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die nach Einschätzung der Betriebsräte und der IG Metall im Wesentlichen Fehleinschätzungen des zentralen Managements geschuldet sind. Michael Glied, Betriebsratsvorsitzender am Standort Berlin, ist wütend. »Die Sinitec Ost hat in den letzten

Jahren sehr gute Gewinne gemacht. Jetzt sollen die Mitarbeiter, die diese durch ihre Arbeit ermöglicht haben, ihren Job verlieren. Ich sehe hier durchaus Parallelen zu dem empörenden Personalabbau bei der Deutschen Bank.«

Die Sinitec-Betriebsräte setzen in den weiteren Verhandlungen mit den Siemens-Verantwortlichen auf ein betriebswirtschaftlich fundiertes Alternativkonzept zum Personalabbau, dass mit einer Beratungsfirma und der IG Metall erarbeitet wurde. »Wir erwarten, dass mit unseren Vorschläge und Angeboten verantwortungsbewusst umgegangen wird und die Arbeitsplätze erhalten bleiben«, sagt Michael Glied.



Sinitec-Beschäftigte aus Berlin demonstrieren für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze vor der Hauptversammlung der Siemens AG in München

Termine

Rentenberatung und -anträge für Arbeiter und Angestellte

► 1., 8., 15. und 22. März, 16 bis 18 Uhr, IG Metall-Haus, Raum E05, durch den BfA-Versichertenältesten Bernd Dimmey. Termine bitte unter Telefon 3180 78 60 abstimmen.

Senioren und Arbeitslose

► Donnerstag, 17. März, »Kennenlernen fremder Kulturen-Besichtigung einer Moschee«. Anmeldung: Montag, 7. März, 10 bis 14 Uhr, IG Metall-Haus, Raum 135, Telefon 2 53 87-110.

► Montag, 30. März, Fahrt durch Berlin mit der historischen Straßenbahn. Anmeldung: Montag, 21. März, 10 bis 14 Uhr, IG Metall-Haus, Raum 135, Telefon 2 53 87-110.

Mitgliederversammlung Holz und Kunststoff

► Samstag, 9. April, 10 bis 14 Uhr, IG Metall-Haus, Raum E01. Thema: »Arbeitsstände zu den Tarifverträgen im Tischlerhandwerk und in der Holz- und Kunststoffindustrie«. Anmeldung bis Donnerstag, 24. März, bei Christine Volkert, Telefon 2 53 87-122
Mail: christine.volkert@igmetall.de. An Brancheninfos Interessierte bitten wir um ihre email-Adresse.

Ein - Euro - Jobs

Allen von Ein-Euro-Jobs betroffenen Kolleginnen und Kollegen steht unsere Beratungsstelle für Arbeitslose im IG Metall-Haus, Telefon 2 53 87-192/142, zur Verfügung. Unsere Beratungsstelle ist interessiert daran, Infos zu Art, Inhalt und Umfang der Ein-Euro-Jobs sowie über Träger dieser Maßnahme zu erhalten.

Neueröffnung

Regionalbüro Finsterwalde



Ab sofort ist die IG Metall Südbrandenburg wieder in Finsterwalde, jetzt in der Leipziger Straße 8-12, erreichbar. Die Rufnummern sind:

Telefon 035 51-32 33 oder 27 69,
Fax 035 31-27 87.

Jeden Dienstag von 8 bis 12 Uhr und 13 bis 18 Uhr stehen wir für unsere Mitglieder zur

Information und Rechtsberatung zur Verfügung. Der Zugang zum Regionalbüro in der ersten Etage kann über die Leipziger Straße (Plus-Markt) oder über den Seiteneingang in der Knoche-Straße erfolgen. Parkmöglichkeiten bestehen unter anderem in der nahe gelegenen Friedenstraße.

Termine

- **1. März**
IG Metall-Konferenz »Für den Erhalt des Sozialstaats« in Dresden
- **2. März**
Betriebsräte-Info im IG Metall-Büro Finsterwalde
- **3. März**
Experten-Arbeitskreis zur Ein-

- führung des Entgeltrahmentarifes in Cottbus
- **9. März**
Konferenz der Jugend- und Auszubildendenvertreter der Region in Schwarzheide
- **16. März**
Sitzung des Ortsvorstands der IG Metall

Wir gratulieren

- **zum 94. Geburtstag**
Walter Appelt
- **zum 92. Geburtstag**
Wilhelm Neumann
- **zum 85. Geburtstag**
Werner Schmidt
- **zum 75. Geburtstag**
Erwin Tschoepe
- **zum 70. Geburtstag**
Brigitte Trittel,
Erika Schmidt,

- Gisela Kirchberg,
Eberhard Ulbrich
- **zum 65. Geburtstag**
Hubert Jertschewski,
Manfred Lehmann,
Udo Dietrich,
Klaus Hoffmann,
Klaus Reschke,
Manfred Hentschel,
Hannelore Hassler, und
Erhard Naumann

Druckfehlerkorrektur

In der letzten Ausgabe wurde unter »Neue Servicezeiten« eine falsche Telefonnummer für unser Büro in Elsterwerda abgedruckt.

Die richtige Nummer lautet:

Telefon 035 33-48 93 0-0
Fax 035 33-48 93 0-9

www.suedbrandenburg.igmetall.de

8. März 2005

Internationaler Frauentag

»Frauen bewegen Politik« So lautet das Motto der Gewerkschafterinnen für 2005.

Dieser Tag ist für alle Frauen seit 1914 Ausdruck für Selbstbestimmung und aktive Einmischung in Politik und Gesellschaft.

Wir wollen an diesem Tag mit möglichst vielen Frauen ins persönliche Gespräch kommen und für Beteiligung an Aktionen gegen Diskriminierung und Verdrängung vom Arbeitsmarkt werben.



8. März 2005 Internationaler Frauentag

Tarifpolitik

Nachrichten aus Betrieben

Weigl Metallguss:

Die IG Metall-Mitglieder wählten am 1. Februar eine betriebliche Tarifkommission. Diese Kollegen sollen jetzt den Forderungen nach Investitionen am Standort Finsterwalde, Beschäftigungssicherung und Durchsetzung der geltenden Tarifstandards entsprechenden Nachdruck für die Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite verleihen.

Möbel Mühlberg:

Die Verhandlungen zur Wiederherstellung des vom Arbeitgeber gekündigten Tarifvertrags »13. Monatsentgelt« wurden aktiv von den Gewerkschaftsmitglie-

dern begleitet. Etliche neue Mitglieder unterstützen uns dabei.

Grohe Werk Herzberg:

Im Grohe Konzern ist zurzeit die Unternehmensberatung McKinsey tätig. Geprüft werden Möglichkeiten zur weiteren Profitsteigerung. In diesem Zusammenhang wird häufig die Ausgliederung wesentlicher Unternehmensteile nach China diskutiert. Dies hätte einen gravierenden Personalabbau an allen deutschen Standorten zur Folge. Betriebsrat und IG Metall bilden eine Allianz und beraten gemeinsam mögliche Gegenmaßnahmen.

Wir starten Umfrage bei betroffenen Mitgliedern

Harz IV wirkt – aber wie?

Aufhalten ließen sich Harz IV und die ab Januar geltenden neuen Bestimmungen trotz zahlreicher Demonstrationen nicht.

Laut Medienberichten scheint alles offenbar weitaus undramatischer zu sein als befürchtet. So gab es beispielsweise weniger abgelehnte Anträge auf Arbeitslosengeld II.

Klarheit besteht jedenfalls jetzt schon darüber, dass die Bundesregierung zu wenig Finanzmittel eingeplant hat. Keine konkreten Aussagen gibt es bislang darüber, wie viele Betroffene zwar weiterhin eine Unterstützung beziehen, aber weit weniger als zuvor bekommen.

Ebenso hat sich aktuell die Anzahl der von Harz IV Betroffe-

nen im Land Brandenburg um zehn Prozent erhöht, und das ungleiche Niveau des Arbeitslosengeldes II zwischen Ost und West sorgt zudem für sozialen Zündstoff.

Die IG Metall hat mit dem Arbeitnehmerbegehren im vergangenen Jahr umfangreiche Alternativen aufgezeigt und gegenüber der Bundesregierung eingefordert.

Durch diese Alternativen, die bundesweit von über einer halben Millionen Unterschriften, mit Aktionen, Diskussionen in Betrieben und in der Öffentlichkeit begleitet und von Arbeitslosen befürwortet wurden, wäre Harz IV, wie es von der IG Metall abgelehnt wurde, nicht nötig.

Nun fordern wir, dass Harz IV wenigstens an den wichtigen Stellen verbessert wird. Dazu will die IG Metall, um auch konkrete Forderungen und Handlungsbedarf deutlich zu machen, mehr über die praktischen Auswirkungen des Gesetzes von den betroffenen Mitgliedern wissen.

Mit einer Umfrage wollen wir mehr in Erfahrung bringen und wenden uns an die arbeitslosen Mitglieder in Ostbrandenburg.

Der Arbeits- und Wirtschaftsminister sagt zwar, Harz IV wirkt, aber wir wollen wissen, wie. Je besser wir die wirkliche Lage unserer Mitglieder kennen, desto konkreter können wir die richtigen Forderungen aufstellen.

Termine

Delegiertenversammlung

► am 18. März um 17 Uhr im Restaurant »Löcknitz Idyll« in Erkner.

Betriebsräteschulungen

► am 14. März um 9 Uhr in Eisenhüttenstadt und
► am 2. März um 13.30 Uhr in Prenzlau. Die Einladungen wurden an alle Betriebsräte versandt.

Arbeitskreis Außerbetriebliche Gewerkschaftsarbeit

Der Arbeitskreis InPuT lädt
► am 15. März um 18 Uhr im Bürgerhaus in Prenzlau zu einer Beratung mit dem DGB-Ortsvorstand Prenzlau zur künftigen Zusammenarbeit und Vorbereitung einer 1. Mai-Veranstaltung in Prenzlau ein.

Wir mischen uns mit ein Sozialwahlen 2005

Am 1. Juni sind turnusmäßig nach sechs Jahren die 10. Sozialwahlen. Gewählt werden die Selbstverwaltungsgremien bei insgesamt rund 450 Versicherungsträgern in der gesetzlichen Kranken-, Pflege-, Renten- und Unfallversicherung

Die Selbstverwaltungsgremien sind die höchsten Entscheidungsgremien der Sozialversicherung.

In der gesetzlichen Krankenversicherung treffen sie die strategischen Entscheidungen der Krankenkassen und ihrer Verbände und überwachen die hauptamtlichen Vorstände.

In der Rentenversicherung sind sie darüber hinaus auch für die Verwaltung der Versicherungsträger zuständig und bestimmen über die Ausgestaltung der Reha-Leistungen mit.

Der Ortsvorstand Ostbrandenburg hat eine eigene Vorschlagsliste mit dem Kennwort „IG Metall“ für die Wahl zum Verwaltungsrat der Brandenburgischen Betriebskrankenkasse in Eisenhüttenstadt eingereicht.

Auch kandidieren aus unserer Verwaltungsstelle Kolleginnen und Kollegen für den Vorstand und die Vertreterversammlung der Norddeutschen Berufsgenossenschaft und der LVA sowie für die Holz-Berufsgenossenschaft und für die Berufsgenossenschaft der Lederindustrie.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, macht von Eurem Wahlrecht Gebrauch und unterstützt mit Eurer Stimme unsere Mandatsträger. Die namentliche Aufstellung findet Ihr im Internet unter

www.ostbrandenburg.igmetall.de

Arbeits- und Gesundheitsschutz Erster Gesundheitstag



Teilnehmer des ersten Gesundheitstages

Handlungshilfen und Unterstützung zum Thema betrieblicher Arbeits- und präventiver Gesundheitsschutz gab es im Rahmen des ersten Gesundheitstages am 11. Februar in Eisenhüttenstadt.

Anregungen und Angebote der Vertreter der BKK Eisenhüttenstadt und der Nordwestdeutschen Metallberufsgenossenschaft sowie die Ausführungen zu neuen Anforderungen zum Thema Prävention durch das IMU-Institut im Rahmen des Projektes Cluster.eh machten den Stellenwert des Arbeits- und Gesundheitsschutzes deutlich.

Erfahrungen der Betriebsräte und der Einblick in den betrieblichen Gesundheitsschutz durch die Geschäftsführung der EKO Stahl unterstrichen dies.

Aus Sicht aller Beteiligten bremsen nicht Regelungslücken sondern ein Umsetzungsstau oft die notwendigen Initiativen im Betrieb.

Nach Auskunft der Berufsgenossenschaft lässt sich Gesundheitsschutz in den Betrieben mit Betriebsrat besser und handlungsorientierter bewältigen.

Das Thema lohnt sich für alle. Es gibt tausend Krankheiten, aber nur eine Gesundheit

Allen Kolleginnen unseren herzlichsten Glückwunsch zum Internationalen Frauentag



Es ist alles relativ

Ausgeplaudert von Manfred Ende

Zeit ist relativ. Nach Albert Einsteins Relativitätstheorie, die in diesem Jahr ihren 100. Geburtstag feiert, hat jeder Beobachter seine eigene Uhr, – je nachdem, wo er im Raum sich befindet.

Das leuchtet ein, – wie sonst ist es denkbar, dass so mancher Bundestagsabgeordnete weit mehr als 24 Stunden am Tag arbeitet, neben seinem Job als Politiker weit über 400 Tage im Jahr.

Das hat ein Fernsehteam nach Befragung ihrer »Arbeitgeberfirmen« herausgefunden. Aber sie müssen ja nicht, wie der VW-Monteur, dabei auch im Betrieb anwesend sein, denn die Entlohnung – in angenehmer Größenordnung – stimmt dennoch. Wahrscheinlich nutzen sie die Zeit während der Debatten im Plenarsaal, wo sie über die Bedürftigkeit der Arbeitslosen befinden – oder während ihres, der mageren Diäten wegen, kargen Frühstücks in der Kantine.

Jeder hat seine Einsteinuhr und wer weiß schon, außer Einstein vielleicht, genau, welche Stunde ihnen schlägt. Aber sie sollen jetzt transparenter werden, die so »verdienten« Nebeneinkünfte. Dienen sie doch, wenn man ihren Beteuerungen vor der Wahl Glauben schenken darf, ausschließlich dem Volke. Nichts ist schneller als das Licht und ein Licht geht dem Zuhörer auf, wenn sie die Diskussion über ihre Nebeneinkünfte im vertrauten Blabla-Dialog in allen Fraktionen bis zum wohlverdienten, ausgesorgten Ruhestand führen.

Den Gürtel enger schnallen, predigen sie uns, sie selbst aber scheinen an Gürtelrose zu leiden. Es ist eben alles relativ und eine Krähe, – ob sie nun zufällig im Bundestag sitzt oder sich auf dem Acker eines kleinen Mannes niedergelassen hat, – hackt bekanntlich der anderen kein Auge aus.

Willkommen bei Ombudsrat

Ombudsrat – was ist das?

Der Ombudsrat ist ein unabhängiges Gremium zur Begleitung der Einführung von Arbeitslosengeld II und dessen Auswirkungen.

Im unabhängigen Gremium arbeiten mit Prof. Dr. Biedenkopf, Dr. Christine Bergmann und Dr. Hermann Rappe (ehemaliger Vorsitzender der IG BCE) bekannte Persönlichkeiten. Der Ombudsrat ist außerhalb des regulären Widerspruchs- und Klageverfahrens tätig. Das heißt, Einwände der ALG II-Empfänger gegen ihren Bescheid sind nach wie vor an die örtlich zuständigen Behörden zu richten. Der Ombudsrat ersetzt auch nicht die Aufgaben der für Eingaben zuständigen Stellen im Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und des Petitionsausschusses des Deutschen Bundestags. Ihre Aufgaben sind:

► Eingaben nachgehen

Der Rat kann nach eigenem Ermessen Einzelfälle aufgreifen. Er ist jedoch kein Ersatz für ein formaljuristisches Verfahren (Widerspruch).

► Schlussfolgerungen ziehen

Der Rat zieht aus den Eingaben und deren Informationen über die Anwendung der neuen Bestimmungen Schlussfolgerungen für die Weiterentwicklung der ALG II-Regelungen.

► Empfehlungen geben

Der Rat wird seine Schlussfolgerungen als Empfehlungen an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Clement weitergeben.

Die Kontaktmöglichkeiten sind: Ombudsrat, Postfach 040140, 10061 Berlin, Telefon: 08 00–4 40 05 50

Metall- und Elektroindustrie

Beitragsanpassung ab März

Entsprechend dem Tarifabschluss erhöhen sich die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen in der Metall- und Elektroindustrie.

Zum 1. März erhalten die Beschäftigten 2,7 Prozent mehr Geld. Der Mitgliedsbeitrag wird ebenfalls ab März entsprechend

der Tarifierhöhung angehoben. Wer durch die Anpassung auf einen Beitrag von mehr als einem Prozent seines monatlichen Bruttoverdienstes kommt, meldet sich bitte umgehend in der Verwaltungsstelle unter Telefon 0 33 02–50 57 20.

Neues aus der Arbeitsagentur

Kunden- oder Servicecenter

Ratlosigkeit herrscht in der Frage, wie Arbeitslose in Arbeit kommen.

Wie sie von der Straße kommen, dieses Problem wird mit den zur Zeit eingeführten Kunden- oder Servicecentern gelöst. Die Einwahl in die Zentrale einer regionalen Arbeitsagentur führt in ein solches – für unsere Region in Eberswalde. Kann der Servicemitarbeiter das Anliegen eines »Kunden« nicht unmittelbar bearbeiten, gibt es sogenannte Tickets. Das sind

Mitteilungen an einen zuständigen Mitarbeiter der Agentur mit der Zusage, von diesem zurückgerufen zu werden. Telefonnummern zur Direktwahl dürfen nicht bekannt gemacht werden. Arbeitslose bevölkern in Zukunft nicht mehr die Flure der Arbeitsämter, sie warten am Telefon auf einen Anruf der Arbeitsagentur. Hofft die Agentur, so das Problem Arbeitslosigkeit aus dem Blick der Öffentlichkeit zu bekommen?

Geburtstage

Wir gratulieren den im März Geborenen

95 Jahre – Liesbeth Goes

94 Jahre – Leokadia Papiernik

90 Jahre – Milda Liers

88 Jahre – Gerhard Teuber

87 Jahre – Karl Haun, Joachim Klawieter, Elfriede Ennulat

86 Jahre – Gertrud Krüger, Otto Rudolph

85 Jahre – Fritz Kleinert, Alfred Back, Margot Zboralski,

80 Jahre – Erika Stolle, Rudi Weber, Hildegard Bobe,

75 Jahre – Werner Gottschalk, Siegfried Schulz

70 Jahre – Konstanze Scheel, Gisela Liehr, Horst Karschunke, Renate Matschkowski, Alfred Krawez, Adolf Laws, Helmut Kaupa, Waltraud Zacheja, Reinhard Feige, Gertrud Kähler, Sparwasser Alice, Wolfgang Zobel, Walter Petereit, Günter Mann, Eva Kraatz, Johann Diatka, Karlheinz Koch, Ingrid Hagemann, Manfred Junold, Gerhard Lindholz, Ilse Lampe

Termine

Beratungstage im März 2005

7. März

ab 17 Uhr, Torbogenhaus Wittstock

9. März

14 bis 15 Uhr, AOK Service-Center Wittenberge, Perleberger Straße 16

16. März

14 bis 15 Uhr, AOK Service-Center Pritzwalk, Hagenstraße 25

23. März

16 bis 17 Uhr, Neuruppin, DGB, Heinrich-Rau-Straße 30

Die Beratungstage der Versichertenberater der LVA sind am 3. und 17. März in der Zeit von 13.30 bis 17 Uhr.

Termine für den Versichertenberater der BfA können unter 03302–505720 erfragt werden.

Arbeitslose Mitglieder haben das Wort

»Mit ALG II stürze ich ins Abseits«

»IV wirkt«, erklärte Wirtschaftsminister Wolfgang Clement wenige Tage, nachdem die bisherige Arbeitslosenhilfe durch das Arbeitslosengeld II (ALG II) ersetzt wurde. Von einer positiven Wirkung, etwa durch mehr Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt, war erwartungsgemäß nichts zu bemerken.

Ganz anders bei den betroffenen Arbeitslosen: Dort wirkt Hartz IV sofort. Aber wie, das ist die Frage.

Erhält die »Bedarfsgemeinschaft« weniger oder mehr als vorher?

Befürchtet der arbeitslose Kollege in eine kleinere Wohnung umziehen zu müssen?

Wir wollten dies von unseren arbeitslosen Mitgliedern selbst wissen und schickten ihnen Ende Januar einen Fragebogen. Die Auswertung läuft noch. Wir hatten den befragten Kollegen aber auch Platz für persönliche Bemerkungen eingeräumt. Hier eine Auswahl der teils gekürzten Texte.

Uwe B., Sperenberg: Bis Februar bekomme ich ALG I, danach wenig oder gar nichts. Meine Frau verdient 1000 Euro. Mit 60 in Rente wäre das trotz 40 Arbeitsjahren nur bessere Sozialhilfe. Wir fühlen uns in unserer Würde gedemütigt.

Rainer W., Wildau: Es ist erfreulich, dass Ihr Euch nach unserem Wohlbefinden erkundigt. Einen Ein-Euro-Job würden wir notgedrungen annehmen. Aber wir werden uns nicht neben jemanden stellen, der für die gleiche Arbeit zehn Euro bekommt, nur weil der Unternehmer keine regulären Arbeitskräfte einstellen will.

Ludmilla Heym, Königs-W.: 25 Jahre habe ich als Programmierer gearbeitet. Jetzt wurde mir die letzte Menschenwürde weggeblasen. Ich wünsche, dass meine zwei Töchter nicht das gleiche Schicksal erleben.

Eleonore Sch., Luckenwalde: Wer über 40 Jahre alt ist und seine Ersparnisse aufbrauchen muss, wird das bis zur Rente nie wieder ausgleichen können. Ich stand seit dem 14. Lebensjahr in Arbeit und habe drei Kinder groß gezogen wie viele Frauen. Jetzt werden wir nur bestraft.

Stephan M., Ludwigsfelde: Es ist eine »gesamtgesellschaftliche Wende« hin zu einer nur noch den Geldinteressen dienenden Welt. Wer kein Geld hat, hat Pech gehabt.

Anette Nagler, Ludwigsfelde: Hartz IV ist der soziale Abstieg.

Wie das alles weitergehen soll, darauf bin ich gespannt.

Margit G., Jüterbog: Ein-Euro-Jobs halte ich für subventionierte Schwarzarbeit, dadurch werden reguläre Arbeitsplätze vernichtet. Und man sollte sich durch eigener Hände Arbeit zumindest ernähren können.

Bernd Grusdat, Ludwigsfelde: Die eingeleiteten Maßnahmen beschleunigen nur die Verarmung in der Bevölkerung.

S. Krüger, Wildau: Arbeitsplätze werden durch Hartz IV auf keinen Fall entstehen, im Gegenteil, Menschen werden in die Armut beziehungsweise sozialen Abstieg gezwungen.

Jörg Z., Eichwalde: Hartz IV ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. Ich hoffe, dass die Gewerkschaft Klage einreicht.

Ralf L., Königs-Wusterhausen: Durch Ein-Euro-Jobs werden reguläre Arbeitsplätze vernichtet. Ich stürze ins gesellschaftliche Abseits, Altersarmut ist vorprogrammiert.

Marlis T., Ludwigsfelde: Es werden noch mehr arbeitslos, denn die Kaufkraft wird abnehmen, da keiner mit dem Geld auskommen wird.

Zoltan Sipos, Seddiner See: Ein-Euro-Job ist Sklaverei und Erniedrigung der Menschenwürde.

Gisbert Krause, Eishausen: Hartz IV wäre gerecht, wenn es genug Arbeit gibt und jemand sie nicht annimmt. Hört man in den Medien von den Bezügen der Abgeordneten, könnte man aus-

flippen. Alles holt man von den Arbeitern.

Erika T., Klausdorf: Der Auszahlungsmodus wurde auf 30 Tage pro Monat umgestellt. Fünf Tage im Jahr fehlen.

Bernd W., Luckenwalde: Die Auswirkungen sind dramatisch. Unser gemeinsames Einkommen hat sich um 20 Prozent reduziert. Arbeitslosengeld und Lohn werden gekürzt und Steuergeschenke für die Reichen – Verhältnisse wie in den USA oder im Kaiserreich werden angestrebt.

Martina G., Alt Bork: Es ändert sich sowieso nichts, es wird nur noch schlechter.

Manfred W., Kloster Zinna: Ein-Euro-Job würde ich annehmen, um mal wieder aus dem Haus zu kommen. An eine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt glaube ich nicht. Bin dabei, alles zu kündigen (Versicherung, Zeitung, Handy usw.).

Sieglinde G., Ludwigsfelde: Leider habe ich noch keinen Bescheid. Telefonisch kommt man nicht durch und hinfahren kostet wieder Geld.

Ingrid W., Luckenwalde: Die Teilnahme am kulturellen Leben (Museum, Kino) ist für uns unmöglich geworden. Die Vermittlung von ALG II-Empfängern ist gleich Null, da es keine Arbeitsplätze gibt.

Gerald M., Großbeeren: Ich musste Versicherungen kündigen, mein Auto abschaffen, womit ich immobil werde.

Dirk H., Luckenwalde: Nebenjob bei ALG II lohnt nicht, da Anrechnung zu hoch. Die anfallenden Kosten übersteigen die Einnahmen.

Regina P., Ludwigsfelde: Ich werde wohl nichts mehr bekommen, daher auch keinen Ein-Euro-Job. Ohne Bezüge wird man nicht vermittelt.

Karin F., Luckenwalde: Man fühlt sich ausgegrenzt aus der Gesellschaft. Selbst Arztbesuche müssen abgewägt werden. Völlig weg fallen Kino und Badbesuche. Urlaub? Vor der Einigung konnte ich mir das sogar mal als alleinerziehende Mutter leisten.

Ulaf S., Görsdorf: Überstunden

Neu bei uns



Seit 1. Februar arbeitet Tobias Kunzmann, 32 Jahre, in der Verwaltungsstelle. Als Jurist hat er den Schwerpunkt Beratung und Rechtsschutz.

müssen runter, um Arbeitnehmer einzustellen.

Krystian Cierski, Mittenwalde: Der Druck, Arbeit aufzunehmen, ist o.k. Das würde ich sofort, wenn der Arbeitsmarkt für mich einen Arbeitsplatz hätte.

Jürgen H., Ludwigsfelde: Als ALG II-Abgelehnter lege ich keinen Wert auf einen Ein-Euro-Job.

Ellen Schulze, Ludwigsfelde: Alle Kurse habe ich mir selbst besorgt. Seit 1966 war ich berufstätig und jetzt voll von meinem Mann abhängig. Das ist bitter.

Heidelies Karsch, Neuheim: Es ist ein Hohn, was dem kleinen Mann alles zugemutet wird. Hauptsache, die Herrn Politiker haben ihr gerechtes Einkommen.

Angelika Krautschick, Schwabeck: Durch Hartz IV geht es uns bedeutend schlechter. Mein Mann ist beim Wachschatz und hat im Monat 370 Euro Kosten, die er vom Finanzamt nicht erstattet bekommt.

Gerd R., Königs-W.: Ich bereue, dass ich jemals arbeiten gegangen bin. Die 35 Jahre hätte ich mir sparen können, dann hätte ich wenigstens noch meine Gesundheit.

Friedrich G., Genshagen: Hartz IV bringt keine neuen Arbeitsplätze, Ein-Euro-Jobs sind reine Ausbeutung.

Christa O., Trebbin: Am Haus und Grundstück kann man nichts abbeißen und Kosten fallen ja auch an. Das Auto ist alt, zum neuen fehlt das Geld. Kredite zahlen wir auch noch ab.

Danny E., Fürstenwalde: Hoffe auf baldige Arbeit.

Pilotprojekt gestartet

Sinnvoll beschäftigen und zielgerichtet qualifizieren

Die IG Metall Chemnitz hat gemeinsam mit dem sächsischen Arbeitgeberverband das Projekt



»Chance 500« für arbeitslose Jugendliche aufgelegt. metall fragte beim Initiator Sieghard Bender nach.

metall: Sieghard, was waren eure Beweggründe, das Projekt »Chance 500« zu entwickeln?

Bender: Bis 30. Juni diesen Jahres muss nach SGB II jedem arbeitslosen Jugendlichen entweder eine Arbeit, eine Ausbildung oder eine Arbeitsgelegenheit, ein so genannter Ein-Euro-Job, angeboten werden. Wer den Arbeitsmarkt in Sachsen in den letzten Jahren ein wenig beobachtet hat, der muss kein Prophet sein, dass die vorder-

gründigsten Maßnahmen die Ein-Euro-Jobs sein werden. Hier wollen wir gemeinsam mit dem sächsischen Arbeitgeberverband gewisse Standards setzen. Zum einen bieten wir sinnvolle gemeinnützige Beschäftigungsfelder an und zum anderen werden wir in den Maßnahmen selbst zielgerichtet qualifizieren. Das Projekt soll sich in der Qualität von den gesetzlich verbrieften Beschäftigungen für die rund 2500 Arbeitslosengeld-II-Empfänger unter 25 Jahren in Chemnitz abheben. Zumal knapp 1700 dieser Jugendlichen eine abgeschlossene Berufsausbildung haben.

metall: Wann seid ihr gestartet und wer sind dabei eure Partner?

Bender: Wir hatten ja schon Jugendliche in einem Vorläuferprojekt. Am 1. Februar ist es dann richtig losgegangen. Unsere

regionalen Partner sind die Bildungsträger F.+U. Einsiedel und Akate Technische Lehranstalten, die städtische Tochter FBZ und die Beschäftigungsgesellschaft WeTexbau. Diese vier haben sich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Im Beirat sitzt die IG Metall, die Stadt Chemnitz und die Vereinigung der Sächsischen Wirtschaft. So versuchen wir, sinnvolle Beschäftigung für und mit den Jugendlichen zu organisieren.

metall: Dabei habt ihr euch sicher nicht nur Freunde gemacht?

Bender: Das ist richtig, denn auf dem Rücken der Jugendlichen kann man mit den Zuwendungen für Hartz IV auch ein ordentliches Geschäft machen. Aber es geht auch anders, denn von der Stadt Chemnitz bekommen wir für dieses Projekt zwei Häuser für fünf

Jahre mietfrei. Da hat unser Negativstreik im Dezember doch etwas gebracht.

metall: Dennoch ist Hartz IV mit den Ein-Euro-Jobs bei Gewerkschaftern nicht unumstritten. Warum macht ihr trotzdem mit?

Bender: Wenn der Protest auf der Straße nicht zu Änderungen führt, weil sich Regierung und Opposition bei der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV) einig waren, dann kann man wegschauen oder das Vorhandene versuchen zu gestalten. Wir haben uns auch mit dem Blick in die Geschichte – Ende der Weimarer Republik – für den zweiten Weg entschieden. Persönlicher Antrieb für mich war der Wahlerfolg der NPD bei den Landtagswahlen in Sachsen. Insbesondere Jungwähler haben rechtsextrem gewählt.

Schwerpunkte 2005 (Teil 2)

Ausbildung und Jugend

Die Erstausbildung, der Bereich Jugend und die berufliche Weiterbildung bilden einen weiteren Schwerpunkt in unserem Konzept »Wir bauen unsere Zukunft selbst«.

Die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze ist immer noch geringer als die Zahl der Schulabgänger. Die Zahl der unter 25-jährigen Jugendlichen ohne Arbeit ist in Sachsen steigend und lag im Januar bei mehr als 51 000. Knapp 70 Prozent der Betriebe bilden nicht aus.

Deshalb bleibt es dabei, drei Prozent der Beschäftigten eines Betriebs müssen Auszubildende im ersten Ausbildungsjahr sein, und die gesetzliche Umlagefinanzierung für mehr Ausbildungsplätze im dualen Ausbildungssystem muss endlich her. Sonst geht die Abwanderung der Jugend weiter.

Die gewählten betrieblichen Interessenvertreter der Jugendlichen und Auszubildenden (JAV) werden bei ihrer Arbeit unterstützt. Seminare für Jugendvertreter, Konferenzen und die Betreuung werden von der Verwaltungsstelle organisiert. In jährlich vier Jugendversammlungen pro auszubildendem Betrieb soll mit den Auszubildenden unter anderem darüber diskutiert werden.

Der Ortsjugendausschuss beteiligt sich aktiv an der IG Metall-Jugendkampagne »Wir können auch anders« mit dem Abschlussfestival am 18. Juni in Nürnberg.

Ein weiteres Ziel ist es, die BA-Studenten durch Initiative der Betriebsräte den Auszubildenden rechtlich gleich zu stellen.

Für Praktikanteneinsätze will die IG Metall Chemnitz die Initiative für eine regionale Tarifvertragslösung ergreifen.

Beitragsanpassung

Zweite Stufe des Tarifabschlusses wirkt

Für die Mitglieder in den tarifgebundenen Unternehmen der Metall- und Elektroindustrie wirkt ab dem 1. März die zweite Stufe des Tarifabschlusses aus 2004. Deshalb werden die Mitgliedsbeiträge analog der Einkommensentwicklung (Tarifvolumen 2,7 Prozent) um einen Euro angehoben.

Bei allen anderen Mitgliedern im Bereich der M+E Industrie erhöht sich der Beitrag ebenfalls ab Monat März um 0,50 Euro.

Beachte: Nur satzungsgerechte Beitragszahlung (ein Prozent vom Bruttoverdienst) sichert satzungsgemäße Leistungen, wie zum Beispiel Rechtsschutz im Arbeits- und Sozialrecht.

Angezeigte Beitragskorrekturen werden vom Mitgliederservice (03 71-6 66 03-20) selbstverständlich berücksichtigt und kurzfristig bearbeitet.

Termine

- 7. März, 14 Uhr: Betriebsräte-tagung im Gewerkschaftshaus
- 8. März, 19 Uhr: Frauentags-veranstaltung im Chemnitzer Kabarett – Einlass ab 18.30 Uhr
- 9. März, 9 Uhr: Senioren-arbeitskreis im Otto-Brenner-Haus
- 16. März, 17 Uhr: Ortsjugend-ausschuss im METICA
- 18. März, 9.30 Uhr: Arbeitslosenarbeitskreis im Otto-Brenner-Haus
- 19. März, 9 Uhr: Delegierten-versammlung im Gewerkschaftshaus im Verdi-Treff
- Seminare**
- 4. und 5. März, Seminar Betriebsrat, Vertrauensleute und Jugendvertretung der Firma VW Motorenfertigung Chemnitz in Oberwiesenthal
- 4. und 5. März, Seminar Betriebe der Metall- und Elektroindustrie Region Stollberg/Hohenstein-E. in Augustusburg
- 12. und 13. März, Seminar Betriebe der Textilindustrie in Augustusburg

KWD in Radeberg – Stellenabbau nicht ohne Widerspruch hingenommen

Mitbestimmungsrechte umgesetzt



Die Pressenstraße für die Herstellung von Karosserieeinzelteilen

Der im Oktober 2004 angekündigte Abbau von bis zu 100 Arbeitsplätzen der Karosseriewerke Dresden GmbH (KWD) konnte durch die Ausschöpfung der Mitbestimmungsrechte laut Betriebsverfassungsgesetz durch den Betriebsrat auf 25 Stellen reduziert werden.

Unmittelbar nach Vorlage des Restrukturierungskonzepts war ein Tagesseminar mit den Betriebsräten und Vertrauensleuten unter Leitung der IG Metall, in dem die Konzeption der Ge-

schaftsführung analysiert und Alternativmöglichkeiten diskutiert wurden.

Im Ergebnis des Seminars wurde die Zielstellung der Interessenvertretung formuliert: »Den auf der Grundlage des von der Geschäftsführung vorgelegten Restrukturierungskonzepts vorgesehenen Abbau von etwa 100 Arbeitsplätzen durch alternative Möglichkeiten zu minimieren und den Standort Radeberg nachhaltig zu sichern.« Zur Unterstützung des Betriebsrats, so wurde weiterhin beschlossen, ist nach Paragraph 111 Betriebsverfassungsgesetz eine externe Beratung notwendig.

Durch bestehende Kontakte in der Region, im Besonderen zum Betriebsrat der Hexal Syntech GmbH, wurde der Betriebsrat auf die Dresdner Unternehmensberatung Kemper & Schlömski als externe Berater aufmerksam gemacht. Diese Unternehmensberatung war im Auftrag des Betriebsrats vom 10. November 2004 bis 14. Januar 2005 im Unternehmen tätig.

Ihr Abschlussbericht: »Basis-

konzeption zur nachhaltigen Sicherung des Standorts Radeberg der Karosseriewerke Dresden GmbH« mit Revitalisierungsansatz ist die Konzeption, auf deren Grundlage der Standort gesichert werden kann und über das »Stärken-Schwächen-Profil« wird auch der Weg dahin aufgezeigt.

Am 21. Januar wurde dieser Abschlussbericht in wiederum einem Tagesseminar unter Leitung der IG Metall den Betriebsräten und Vertrauensleuten von der Unternehmensberatung vorgestellt, im Nachgang die Betriebsänderung abschließend beraten und die dazu notwendigen Beschlüsse gefasst.

So konnte durch konsequente Mitbestimmung der durch KWD geplante Personalabbau erheblich reduziert werden.

Die Betriebsänderung wird jetzt mit einem Interessenausgleich und einem Sozialplan begleitet. Weiterhin erhalten Kollegen, denen bis April betriebsbedingt gekündigt wird, die Möglichkeit, für bis zu zwölf Monate in eine Transfergesellschaft zu wechseln.



Eine moderne Laseranlage unterstützt die Entwicklung und den Prototypenbau

»Für uns als Betriebsräte ist die professionelle Unterstützung durch die IG Metall Dresden und den langjährigen Betriebsbetreuer, Günther Scheidhauer, entscheidend für den Erfolg unserer Arbeit. Durch das Betriebsräte-Netzwerk der Region wurden wir von Kollegen der Firma Degussa (heute Hexal Syntech) ebenfalls aktiv unterstützt«, sagt der Vorsitzende des Betriebsrats, Ingolf Kroitzsch.

Herzlichen Glückwunsch

Erich Weidenmüller wurde 103



Kollege Erich Weidenmüller zum 103. Geburtstag

Die allerherzlichsten Geburtstagsglückwünsche konnten un-

serem Mitglied Erich Weidenmüller überbracht werden.

Er beging seinen 103. Geburtstag im Kreise seiner Angehörigen.

Vertreter unseres Seniorenarbeitskreises überbrachten ihm die Grüße der Verwaltungsstelle und

wünschten ihm weiterhin alles Gute.

Kurz notiert

Rentenberatung

Im Dresdner Volkshaus, Schützenplatz 14, 01067 Dresden, gibt es eine unabhängige Rentenberatungsstelle.

Termine für die Beratung sind zu vereinbaren unter: DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal, Kollegin Gisela Eichner, 03 51-86 33 41 5.

Termine

► 10. März, 8.30 bis 11 Uhr, Lesung »Die Liebe der Schwester Elfriede« und andere Novellen von Ernst Preczang

► 24. März, 8.30 bis 11 Uhr, Lesung »Im Wald«, »Einsamkeit«, »Glückliche Tage« von Eyvind Johnson und »Opfer des Lebens« von Joan Slavici

Beide Lesungen sind in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Schäferstraße 1.

Rentenberatung

Achtung – unser Tipp zur Rente

Nach 45 Beitragsjahren können Versicherte unter bestimmten Voraussetzungen ihre vorzeitige Altersrente ohne oder mit nur geringen Rentenabschlägen erhalten.

Profitieren können auch Versicherte, die vor 1942 geboren wurden und die sonstigen Voraussetzungen für eine vorzeitige Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeit ab dem 60. Lebensjahr erfüllen, und die bisher weniger als 45 Jahre mit Pflichtbeiträgen zurückgelegt haben. Gleiches gilt für Frauen ab dem 60. Lebensjahr, für Schwerbehinderte und Berufs- und Erwerbsunfähige ab dem 60. Lebensjahr sowie auch für langjährig Versicherte ab dem 63. Lebensjahr. Beitragszeiten aufgrund des Leistungsbezugs we-

gen Arbeitslosigkeit zählen hier jedoch nicht mit.

Mit Hilfe des so genannten Haushaltsscheckverfahrens könnt ihr zum Beispiel als Haushaltshilfe, die bei der Arbeitsagentur gemeldet sein soll, parallel zum Arbeitslosengeld I im Rahmen der Bestimmungen von Nebeneinkommen beziehungsweise geringfügiger Beschäftigung in privaten Haushalten, durch Rentenaufstockung noch die zum Vertrauensschutz fehlenden Pflichtbeitragszeiten erwerben. Eine Investition, die sich bald für euch rentieren könnte.

Gehört ihr zu dem hier genannten Personenkreis, dann lasst euch von uns schnell zu dieser Problematik beraten. Nach wie vor prüfen wir aber auch eure Rentenauskünfte oder Ren-

tenbescheide und beraten euch weiter »rund um die Rente«.

Beratungszeiten der ehrenamtlichen Rentenberatung sind Mittwochs von 8 bis 12 Uhr in der IG Metall Leipzig, Erich-Zeigner-Allee 62.

Zur Vermeidung längerer Wartezeiten bitten wir um telefonische Terminabsprache unter der Nummer 03 41 – 4 86 29 92.



»Wir können auch anders«

IG Metall-Jugend Leipzig



Am Friedrichsee bei Bad Dübener im Januar

Ostermarsch 2005

Gemeinsam gegen Rechts



Die NPD in Sachsen provoziert in ungeheuerlicher Weise jegliches demokratisches Grundverständnis der Bürgerinnen und Bürger.

Auch der Neonazi Worch aus Hamburg hat für den 1. Mai wieder einen rechtsextremen Aufmarsch in Leipzig vor. Wehrt Euch

dagegen. Verschiedene Vereine und Organisationen bieten mit entsprechenden Aktionen dazu die Gelegenheit. So vom 25. bis 27. März beim Ostermarsch (Fahrradtour von Leipzig – Zeitz – Merseburg und Leipzig). Nähere Informationen dazu unter www.ostermarsch-leipzig.de.

Die Abschlussveranstaltung ist am 27. März ab 14 Uhr in der Moritzbastei. Die Podiumsdiskussion zum Thema »Strategien gegen Rechts« gestaltet Kollege Thomas Steinhäuser von der IG Metall Leipzig mit.

Des Weiteren wird im April wieder das Jugendfestival »Leipzig – Courage zeigen« veranstaltet. Alle Vorbereitungen laufen, damit es wieder gelingt, am 30. April vor dem Völkerschlachtdenkmal das traditionelle Couragekonzert durchzuführen, wo auch die Siegerband des Jugendfestivals auftritt.

Das Seminar des Ortsjugendausschusses war vom 28. bis 30. Januar in Friedrichsee.

Etwa 20 jugendliche Kolleginnen und Kollegen der IG Metall Leipzig trafen sich am letzten Januarwochenende im verschneiten Bildungszentrum am Friedrichsee. Dort sind auch die Jugendcamps, die jeweils mit den neu eingestellten Auszubildenden jeden Sommer angeboten werden.

An diesem Wochenende wurden die Schwerpunkte im Ortsjugendausschuss der IG Metall Leipzig für das Jahr 2005 abgestimmt. So sind alle drei Wochen Treffen geplant. Interessierte Mitglieder bis 27 Jahre sind willkommen, mit zu machen.

Natürlich ist die bundesweite Jugendkampagne der IG Metall unter dem Titel »Wir können

auch anders« auch bei den Jugendlichen in Leipzig ein Schwerpunkt. Im Juni 2005 wird es einen bundesweiten Aktionstag in Nürnberg geben. Diese Kampagne ist angelegt bis 2007.

Kurz notiert

Erwerbslosenfrühstück

► 7. März, 10 Uhr, IG Metall, Stützpunkt Grünau, Karlsruher Straße 8, 04209 Leipzig.

Mitgliederversammlung

► 9. März, 14.30 Uhr in der Volkssolidarität, Grunertstraße 10, 04357 Leipzig.

Mitgliederversammlung

► 30. März, 14 Uhr in der IG Metall, Stützpunkt Grünau, Karlsruher Straße 8, 04209 Leipzig.

Internationaler Frauentag 2005

Frauen bewegen Politik ist das Motto dieses Jahr

Für das Motto »Frauen bewegen Politik« haben sich in diesem Jahr die Kolleginnen des Bundesfrauenausschusses beim DGB entschieden.

Wenn's man so wäre – sagen die einen; das stimmt – die anderen. Die Wahrheit liegt wahrscheinlich eher in der Mitte. »Der Politik entgeht niemand. Auch wer sich verdrossen abwendet, bleibt Betroffener. Es ist ihm nur weniger bewusst.« Das stimmt wohl auch. Nun ist die Situation in unserem Land nach wie vor nicht sonderlich frauenfreundlich (weltweit sieht das nicht anders aus – einer Statistik zufolge leisten Frauen weltweit 70 Prozent der Arbeit, erhalten zehn Prozent der Entlohnung und besitzen ein Prozent des Vermögens).

Trotz der Erfolge und den positiveren Voraussetzungen für Frauen, die bereits erreicht wurden, sind wir bei der Geschlechtergerechtigkeit in Wirtschaft, Politik, Gesellschaft und Gewerkschaft noch nicht am Ziel. Strukturelle Benachteiligungen behindern weiterhin die Chancen vieler Frauen in allen Bereichen des Lebens. Immer noch stoßen Frauen im Erwerbsleben an die »gläserne Decke« und werden punktuell noch als Menschen mit Defiziten dargestellt.

Nachweisbar werden die vielfältigen Potenziale von Frauen

unzureichend berücksichtigt. Deshalb müssen Frauen seit jeher ihre Interessen selbst einbringen. An den Erfolgen wird deutlich, dass sie dies aktiv und kreativ tun. Und wir haben eine gute Basis für unsere Arbeit. Seit 1994 heißt es im Grundgesetz, Artikel 3 »... Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.« In der Satzung der IG Metall ist zu lesen: »Sie fördert aktiv die Gleichstellung der Frauen in der Gesellschaft, Betrieb und Gewerkschaft«. Damit muss die Chancengleichheitspolitik der IG Metall nur noch umgesetzt und durchgesetzt werden. Eine interessante Aufgabe für unsere Kolleginnen, die aber – wir wissen es – nur gemeinsam mit vielen Frauen und Männern zu erfüllen ist. »Begeisterungsfähigkeit ist eine der Hauptursachen für den Erfolg im Leben.« Deshalb: mit Begeisterung die eigenen Reihen stärken als Garant für unseren Erfolg. Frauen bewegen Politik – herzlichen Glückwunsch zum Internationalen Frauentag.



8. März 2005 Internationaler Frauentag

Delgiertenversammlung am 23. März Wahlen in 22 Kreisen

Die Delegiertenversammlung ist das Parlament der Verwaltungsstelle. Das gilt natürlich auch für unsere Verwaltungsstelle Riesa.

Derzeit laufen ja, wie bereits in der letzten **metall** berichtet, in 22 Wahlkreisen unserer Verwaltungsstelle die Wahlen der Delegierten. 46 Mandate sind zu vergeben, davon 13 an Kolleginnen, um die Frauenquote zu erfüllen.

Wir sind mit den Wahlen schon gut vorangekommen und haben zum Teil in den Mitgliederversammlungen eine sehr

positive Resonanz gehabt, was die Beteiligung als auch die geführten Diskussionen zeigen. Das macht deutlich, dass der ständige Erfahrungsaustausch mit den Kolleginnen und Kollegen unerlässlich ist.

Am 23. März ist dann die erste Delegiertenversammlung, auf welcher der Ortsvorstand und der Zweite Bevollmächtigte gewählt werden. Wir bitten alle gewählten Delegierten, sich diesen Termin schon einmal vorzumerken. Die Einladung kommt fristgerecht.

Kurz notiert

Betriebsräteinformationsveranstaltungen sind jeden ersten Mittwoch im Monat, jeweils um 9 Uhr. Die Termine für das erste Halbjahr 2005: 2. März, 13. April, 4. Mai und 1. Juni.

Der Arbeitskreis Frauen trifft sich jeden zweiten Dienstag im Monat. Beginn jeweils um 17 Uhr. Die nächsten Termine sind am 12. April, 10. Mai und 14. Juni.

Berichtigung:

Die JAV-Wahlen in unserer Verwaltungsstelle wurden in zehn Unternehmen abgeschlossen, 20 Jugendvertreter sind am Wirken.

JAVis

Auf die Plätze – fertig – los

Alle Jugendvertreter unserer Verwaltungsstelle sind herzlich eingeladen zur JAV-Konferenz am 9. März von 9 bis 16 Uhr im RAMADA-Treff, Hotel Schwarzhede.

Über die Inhalte berichten wir beim nächsten Mal.

Und weil's gemeinsam besser geht, sind die Verwaltungsstellen



Südbrandenburg und Cottbus mit dabei.

Ciao – Hai

Zwickauer wehren sich

Gegen Tarifflucht im Kfz-Handwerk

Trotz »Dresdner Erklärung«, die das gemeinsame Bekenntnis zum Flächentarifvertrag beinhaltete, konnte sich der Landesverband des Kraftfahrzeuggewerbes Sachsen e.V. dem Trend der Tarifflucht nicht widersetzen.

Wie alle anderen ostdeutschen Verbände kündigte er gegenüber der IG Metall alle bestehenden Tarifverträge zum nächstmöglichen Termin. Der Landesverband verzichtete zudem auf seine wichtigste Aufgabe, nämlich dem Abschluss zukünftiger Tarifverträge und übertrug die Tarif-

zuständigkeit auf den neu gegründeten Verein »Mitteldeutsches Kraftfahrzeuggewerbe«. Damit die Gründungsfeierlichkeiten am 12. Januar in Möckern nicht im engsten Kreis der Arbeitgeber stattfinden konnte, organisierte die IG Metall eine Kundgebung vor dem Sitz des neuen Vereins. Die Glückwünsche der IG Metall zur Neugründung fielen verständlicher Weise eher verhalten aus. Die größte Delegation zu dieser Veranstaltung stellten die Beschäftigten des Mercedes AH Lueg in Zwickau.

29 Kolleginnen und Kollegen nahmen die Gelegenheit wahr, um ihren Unmut über die Vorgänge im Arbeitgeberlager zum Ausdruck zu bringen.

Klar wurde den Zwickauer Kolleginnen und Kollegen anlässlich dieser Veranstaltung auch, dass man dieser Arbeitgeberprovokation nur mit noch mehr gewerkschaftlicher Stärke antworten kann.

Zahlreiche Eintritte in die IG Metall seit dem 12. Januar bestätigen dies.

Willi Pohl

Tarifverträge können schützen

Spannend wie ein Krimi – SBG Neumark

Ende letzten Jahres bekam die SBG Neumark neue Gesellschafter. An sich nichts Ungewöhnliches, sollte man meinen, und auch für die Kollegen änderte sich dadurch zunächst erst einmal gar nichts.

Seitdem vergeht aber kaum ein Tag, an dem die Geschäftsführung es nicht versäumt, die berühmten Säue neu durchs Dorf zu jagen. Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats sind dabei für die hohen Herren nur lästiger Ballast längst vergangener Tage. Im Gegenteil: Die Belegschaft wird mit Halb- und Unwahrheiten, verunsichert und geltende Vereinbarungen zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung sollen das Papier nicht wert sein, worauf es geschrieben wurde. Dabei bleibt klar, die Zeche sollen die Kollegen zahlen. Es sind Kündigungen in Größenordnungen geplant und das trotz gegenteiliger Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Geschäftsführung. Die Bereitschaft des Betriebsrats zur Mitarbeit an einer tragfähigen Lösung wurde von der Geschäftsführung wiederholt ausgeschlagen.

Am 29. Januar hatten die Kollegen die Nase endgültig voll. Auf einer Mitgliederversammlung beschlossen sie, dass nur durch eine tarifliche Lösung ihre Interessen gewahrt bleiben können. Einstimmig wählten sie ihre Tarifkommission und forderten die Geschäftsführung auf, endlich in konstruktive Gespräche mit der IG Metall einzutreten, denn mittlerweile sind die allermeisten der Kollegen auch Mitglied der IG Metall.

Die Diskussion um eine Mitgliedschaft in der IG Metall und um den Sinn tarifvertraglicher Regelungen muss jeden Tag neu von uns geführt werden. Nicht

zum Selbstzweck, sondern gerade in der heutigen Zeit vor dem Hintergrund massiver Angriffe auf Arbeitnehmerrechte. So erhalten dann auch vermeintlich alte Sprichworte aktuelle Bedeutung, denn bekanntlich gibt es ja drei Wege zu lernen: durch Nachmachen – das Einfachste; durch Verstehen – das Schwerste; durch Erfahrung – das Schmerzlichste.

Tarifverträge schützen – oder: »Wer sich zu Gras macht, den fressen die Ziegen«

Thomas Knabel
(Nach Redaktionsschluss war der erste Termin zu Verhandlungen am 15. Februar).



Außenstellen

März

► 7. und 21. März, 15.30 bis 17 Uhr: Rechtsberatung jeden Mittwoch von 13 bis 17 Uhr, IG Metall-Außenbüro Plauen, Martin-Luther-Straße 42

► 3. und 17. März, 15.30 bis 17.30 Uhr: ABC-Altmarkt 9, Sprechstunde Nebenstelle Auerbach

► 8. und 22. März, 14 bis 17.30 Uhr: Büro Annaberg-Buchholz, Arbeitsamt Annaberg, Zimmer 127, Dresdner Straße 22

► 31. März, 15.30 bis 17.30 Uhr: Haus der Vereine, Fritz-Ebert-Straße 25, Nebenstelle Reichenbach

► 2. und 16. März, 14.30 bis 17 Uhr im Bauhof, Stützengrüner Straße 7, Nebenstelle Schönheide

► 2. und 16. März, 14 bis 17.30 Uhr im Förderverein, Zwotaer Straße 6, Nebenstelle Klingenthal

► jeden Donnerstag von 13 bis 17.30 Uhr, Ernst-Bauch-Straße 9 in Aue, Sprechstunde Nebenstelle Aue

Frauentag

Festveranstaltungen zum Internationalen Frauentag

► Dienstag, 8. März, von 17 bis 20 Uhr
Alter Gasometer in Zwickau, Kleine Biergasse 3
»Frauen bringen Politik zum kochen« Politisches Kochduell

► Mittwoch, 9. März, um 17 Uhr im Rathaus Plauen, Plenarsaal
»Frauen in der Arbeitswelt« Theaterstück